

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktion: Gebr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreise: Einzelheft monatlich 6000,- M., durch die Post bezogen monatlich 6000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,- M., Einzelnummer 200,- M., Sonnabendnummer 300,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die Spaltenbreite 400,- M., auswärts 500,- M., die Spaltenbreite 1500,- M., auswärts 1800,- M., Ausland 2400 u. 7800 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Familienanzeigen, Streifen u. Kleinquart 40 Proz. Rabatt. Für Preisveränderung 100 M.

Nr. 103

Dresden, Freitag den 4. Mai 1923

34. Jahrg.

Das französische Unannehmbar

Paris, 3. Mai. Die französische Regierung beriet heute über die deutsche Reparationsnote. Ueber die Verteilung wurde folgende offizielle Mitteilung herausgegeben: Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand zusammengetreten. Der Ministerpräsident Poincaré brachte ein Schreiben zur Kenntnis, das er von dem deutschen Geschäftsträger erhalten hat. Der Ministerrat ist einstimmig der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien, und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen und wegen des Mangels an Garantien als auch wegen der Ungültigkeit der gebotenen Ziffern.

Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Abfertigung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Alliierten verständigen.

Paris, 3. Mai. Was berichtet, daß die von Poincaré entworfenen Antworten auf die deutsche Note heute abend noch durch den Reichstag gehen werden. Das Dokument präpariert in ziemlich eingehender Weise die Gründe, weshalb die Vorschläge der deutschen Regierung als unannehmbar betrachtet werden. Die französische Regierung werde morgen den Text ihrer Antwort in London und Rom mitteilen lassen. Die Antwort an die deutsche Regierung werde am Freitag abend, wahrscheinlich aber erst Sonnabend früh überreicht werden.

Bedeutet es ein Undiskutierbar?

Das Unannehmbar der französischen Regierung klingt entschieden genug, um jede Täuschung darüber zu vermeiden, daß der Weg zu Verhandlungen noch sehr dornig und voll sehr langwierig sein wird. Aber freilich mußte nach den Festlegungen Poincarés mit einer Schroffen ersten Abweisung gerechnet werden, denn die deutsche Regierung hat durch ihr ungewöhnlich lautes Bögern immer wieder den französischen Machthabern Gelegenheit gegeben, ihre Forderungen in diktatorischer und programmatischer Art zu erheben, so daß sie jetzt an sie gebunden sind. Jeder Vorschlag, der nicht diesen französischen „Diktum“ entspricht, wird demnach zunächst als „unannehmbar“ bezeichnet werden. Entscheidend ist jetzt, ob dies Unannehmbar auch zugleich „Undiskutierbar“ bedeutet, das heißt: ob man verhandeln will oder nicht. Und das läßt die französische Erklärung noch nicht erkennen. Man muß die tatsächlich zu erhaltende Antwort und ihre in Aussicht gestellte Begründung abwarten, ehe man sieht, ob die französischen Machthaber die Fäden der angebotenen Verhandlungen abhaken werden oder ob sie weitere gegenseitige Meinungsäußerungen und Vorschläge, eventuell Entgegenkommen beantragen wollen. Es ist nicht nur im Geschäftlich- und Wirtschaftsleben, sondern vor allem im Völkerleben selbstverständlich, daß bei Verhandlungen eine gemeinsame Verständigung durch gegenseitiges Entgegenkommen zu erzielen ist. Nur muß der Wille zu Verhandlungen, der Wille zur Verständigung vorhanden sein. Solange ein Teil „siegeln“ und „diktiert“ will, muß der andere sich entweder bedingungslos ergeben oder aber weiterkämpfen, bis der Zeitpunkt zu Verhandlungen reif geworden ist. Entscheidend bleibt in diesem Falle, daß die deutsche Regierung unter allen Umständen das Mögliche zur Verständigung tun muß. Wir wissen, daß das Angebot der Cuno-Regierung unklar, mangelhaft und nicht entschieden genug ist; wir haben das gestern ausgesprochen und werden die bemerkenswertesten Punkte noch schärfer hervorheben und begünstigen. Aber wenn die französischen Machthaber unklar und genug sind, die Fäden durch ein einfaches „Unannehmbar“ brutal zu zerreißen und nicht durch Rückfragen, Abänderungsvorschläge oder eventuell andere Forderungen die Möglichkeit weiterer Schritte bis zum Verhandlungsmoment geben, so muß zwar erneut die deutsche Haltung geprüft werden, aber die Inanspruchnahme des Rirgens im Westen geht dann unaufhaltsam weiter. Das war für beide Seiten das Schlimmste.

Und besteht die Möglichkeit, daß die französische Antwort den Weg weiterer Schritte nicht versperrt. Man hat von belgischen Einfluß wenig zu erwarten, aber die Entente besteht auch noch aus England und Italien. Ob Paris durch eigenmächtiges Vorgehen sofort eine bestimmte Entscheidung festlegen und dadurch jeden Einfluß Englands und Italiens ausschalten will, läßt sich auch erst bei Vorliegen der bestimmten Antwort erkennen. Möglich ist es, aber ein so gewöhnlicher französischer Augenblicksvorteil würde zu einem späteren schweren Nachteil für Frankreich werden, denn die Entente trägt die Diktatur Frankreichs wohl nur bis zu einem gewissen Grade. Freilich kommt dabei sehr viel auf die deutsche Haltung an. Sind die deutschen Schritte unklar, ungeschickt und unsicher, so daß sie weder das Vertrauen Englands, Italiens, noch auch Amerikas zu erwecken, so werden die Ententemächte immer wieder an das französische Diktum gebunden, weil auch sie keinen andern Ausweg sehen. Alles in allem muß in sorgfältigster Weise die deutsche Haltung geprüft und der Situation angepaßt werden.

Fall die gesamte Presse der Ententeländer lehnt das deutsche Angebot als ungenügend ab. Nur ein Teil der Mächte in England und Italien erblickt in der Note eine Grundlage für Verhandlungen, aber auch nur mit starken Vorbehalten. Bedenkliche Äußerungen der sozialistischen Presse des Auslandes liegen noch nicht vor, haben natürlich, wie die Machtverhältnisse in den Ententeländern gelagert sind, auch keine entscheidende Bedeutung. Die

amerikanische Presse zweifelt gleichfalls am Erfolg, nur wenige Stimmen sind dem Angebot günstig. Die Regierungen in London und Rom haben noch nicht Stellung genommen. Londoner Regierungsblätter erklären, daß das englische Kabinett unverändert auf dem Vorschlag Bonar Law (50 Milliarden) stehe und erst die Meinungen der Alliierten und Washington einholen werde. „Eventuelle Möglichkeiten“ einer Verhandlung werde man „untersuchen“, aber festgestellt müsse werden, daß „die deutsche Note enttäuscht habe“.

Es muß nun zunächst die französisch-belgische Antwort abgewartet werden, ehe eine entscheidende Stellung zum Kabinett Cuno und seinem weiteren Verhalten einzunehmen ist. Die Sozialdemokratie muß sich der Bedeutung des Augenblicks bewußt bleiben.

Sozialdemokratische Äußerungen

Berlin, 4. Mai (B. T. Z.)

Der Vorwärts erklärt, die Tür zu weiteren Erörterungen sei mit der französischen Formel noch nicht zugeschlagen. Enthalte die endgültige Antwort Klärungen oder irgendwelche erfüllbare Forderungen Frankreichs und Belgiens, so wäre die Situation durchaus nicht hoffnungslos. Sollte aber die Antwort lediglich in einem brutalen Nein bestehen, dann müßte der Kampf an der Ruhr so lange geführt werden, daß es nur noch Besiegte auf beiden Seiten gäbe. Im übrigen sei in der Pariser offiziellen Verlautbarung bemerkenswert, daß Frankreich darauf beharrt, die Mitarbeit Englands, Italiens und Amerikas an der Antwort von vornherein auszuschalten. Diese Mächte sollen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Aus dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst geben wir folgendes wieder:

Es muß festgestellt werden, daß innerhalb der Sozialdemokratie keine Freude über den Inhalt der Note herrscht, sondern an wesentlichen Einzelheiten scharfe Kritik zu hören ist. Gerade deshalb finden wir auch jede sachliche Kritik des Auslands begrüßenswert. Der deutsche Vorschlag hat zweifellos Mängel, und es ist ein Glück für Deutschland, daß die Forderungen in hervorragenden politischen Kreisen des Reichstags nicht nur anerkannt, sondern auch peinlich empfunden werden. Das doch eine Verantwortlichkeit, die in vergangenen Tagen Deutschland bei den Reparationsverhandlungen in London und Paris maßgebend vertrat, sich dahin geäußert, daß der Inhalt der Note ein Versuch zum Selbstmord sei. So groß aber auch unser Verständnis für die Unzulänglichkeit über den Inhalt des Planes der Reichsregierung im Auslande ist, so unbegreiflich ist doch die Schlußfolgerung der Kritik, die glatte Ablehnung unseres Angebotes, wie es insbesondere die französische Presse im allgemeinen preist. Wenn der ernsthafteste Wille zur Verständigung vorhanden ist, dann kann schließlich das schlechteste Angebot zur Verhandlungsgrundlage dienen. Wir wollen nicht darüber streiten, ob die englische Stimme, die das Angebot der Herren Cuno und Rosenbergs als das schlechteste aller bisherigen Angebote bezeichnet, angebracht ist oder nicht. Jedenfalls könnte aber ihr Angebot, dessen Hauptvorteil und Nachteil zugleich die Elastizität ist, als Disfunktionsbasis dienen. Gewiß ist erklärlich, wenn in einem siegreichen Lande, das unter den Folgen dieses Krieges immer noch leidet, Prestigefragen bei allen Regierungshandlungen einem früheren Kriegsgegner gegenüber eine gewisse Rolle spielen. Aber schließlich sollte man doch hierüber die Interessen des eigenen Landes nicht vergessen, dessen Bevölkerung jetzt für eine nutzlose Aktion im Ruhrgebiet ungeheure Steuerlasten aufbringen muß. Es könnte Frankreich nur zum eigenen Vorteil gereichen, wenn seine Regierung gerade gegenwärtig die Augen des Stärkeren anwenden und auf Prestigebedenken in dem bisherigen Maße verzichten würde. Das ist zweifellos ohne große moralische Opfer möglich. Eine sachliche ablehnende Note an die Reichsregierung mit Rückfragen über einzelne unklare Punkte des Angebots kann nicht als Niederlage Frankreichs in diesem Konflikt betrachtet werden.

Die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht eine Verständigung mit Frankreich. Vor allem die deutsche Arbeiterklasse wird alles tun, um diese Verständigung ohne neue Demütigungen möglich zu machen. Eine glatte Ablehnung der deutschen Vorschläge aber könnte nur zur weiteren entschiedenen Fortsetzung der passiven Abwehr an der Ruhr befähigen, während sie andernfalls bei Rückfragen, als Kompromisse an der Ruhr, dafür Sorge tragen wird, daß Zweideutigkeiten und Unklarheiten in der Beantwortung vermieden werden. Sollte sich die gegenwärtige Regierung zu diesen sachlichen Voraussetzungen einer Verständigungspolitik nicht bereit erklären, dann wird es noch andre Mittel und Wege geben, die schließlich, was Deutschland anbelangt, eine Verständigung erleichtern.

Die Rundgebung der Eisenbahnergewerkschaften

Offen, 3. Mai. Die zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigten Eisenbahnergewerkschaften für das Einheitsgebiet haben eine Entschliessung für die Durchführung des passiven Widerstandes bis zur völligen Befreiung der widerrechtlich besetzten Gebiete und der Befreiung und Schablottung der Opfer des Ruhrabenteuers seitens Frankreichs und Belgiens. Der Verband einer Kontrolle der deutschen Eisenbahnen müsse unter allen Umständen abgelehnt werden, da dadurch gerade die wertvolle nationale Erzeugnisse der Reichsbahn getrennt und ihr Weiterbestehen unmöglich gemacht werden.

Die Staatsbetriebe im sächsischen Staatshaushalt

In einem Aufsatz „Strömungen der sächsischen Finanzpolitik“ äußert sich der deutschnationale Landtagsabgeordnete Ziller in den Dresdner Nachrichten vom 27. April zum Etat für 1923. Er begründet die Staatsunternehmungen als das „schwierigste und für die Staatsfinanzen verhängnisvollste Gebiet“ und führt aus, daß auch die aus dem Staatshaushalt herausgelassenen Unternehmen, die nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden sollen, der Gemischtcharakter einer klaren Staatsfinanzwirtschaft seien. Vom Finanzministerium werden diese Behauptungen durch Tatsachennachweise auf das rechte Maß zurückgeführt.

Zunächst die aus dem Staatshaushalt herausgelassenen und nach kaufmännischen Grundsätzen geleiteten Unternehmen ein Gemischtcharakter einer klaren Staatsfinanzwirtschaft sein sollen, ist aus dem Aufsatz nicht ersichtlich. Die Zahlen, die darin in bezug auf einige dieser Unternehmen genannt werden, sind keine Beweismittel, da bei ihrer Kennung ganz außer Betracht gelassen ist, daß die betreffenden Staatsbetriebe in der Entwicklung und im Ausbau begriffen sind. Die Summen, die zu diesem Ausbau neu angelegt werden sollen, können sich natürlich erst nach seiner Vollendung entsprechend vermindern. Die im Etat vorgesehenen Ueberschüsse ergeben sich aus den bisher in den Unternehmungen angelegten Kapitalien und bedeuten eine angemessene, zum Teil sogar eine sehr gute Verzinsung dieser Gelder.

Das gilt z. B. von dem Blaufarbenwerk Ober-Schlema, in das, wie in dem Aufsatz gesagt wird, seit 1920 weit über 10 Millionen Mark hineingesteckt worden sind und für welches für 1923 ein Kapitalbedarf von über 79 Millionen Mark angefordert ist, während es für 1922 nur einen Reingewinn von drei Millionen Mark erbringen soll. Dieser Reingewinn wird natürlich der seit der Aufstellung des Haushaltsplanes eingetretenen Geldentwertung entsprechend höher sein. Der neue Kapitalbedarf ergibt sich aus dem seit Mitte vorigen Jahres im Bau befindlichen Metallwerk, das erst Ende 1923 fertig sein wird und daher auch erst von diesem Zeitpunkt an produzieren, Erträge abwerfen und die in ihm angelegten Kapitalien verzinsen kann. Eine Gegenüberstellung der neuen Kapitalanlagen mit dem Reinertrag ist daher schon aus diesem Grunde gänzlich abwegig.

Das gleiche trifft für die Staatliche Porzellan-Manufaktur in Meissen zu, von der in dem Aufsatz gesagt wird, daß der Reingewinn dieses Luxus- und Metallgeschäftes, das für 1923 einen Bedarf von 42 1/2 Millionen Mark fordert, mit fünf Millionen Mark beim besten Willen nicht als ein erfolgreich geführtes Staatsunternehmen bewertet werden könne. Auch dieser Reingewinn wird natürlich im Verhältnis zur Geldentwertung ziffernmäßig geringfügig in die Höhe gehen. Ferner sind auch in Meissen die Erweiterungsbauten noch im Gange. Ähnliches ist von dem Süttenwerk in Freiberg zu sagen.

In bezug auf Böhlen wird in dem Bitterfelder Aufsatz angeführt: „Noch ungeklärter ist die Zukunft der staatlichen Treuhandbetriebe um Böhlen bei Leisnig. Auch in diesem Unternehmen wird der Regierung eine starke Entlastung nicht erspart bleiben.“ Das wird der Regierung schon aus demwillen nicht passieren können, weil sie sich von vornherein von allen Mühsalen freizuhalten hat. In ihrem Bericht an den Haushaltsausschuß B vom 2. Juni 1920 hat sie klipp und klar die Sachlage wie folgt geschildert:

„Das neue staatliche Werk wird die Preise für seine Rohstoffe und seinen elektrischen Strom für absehbare Zeit voraussichtlich nicht so hoch halten können, wie es zur Erzielung einer angemessenen Verzinsung und Tilgung des gesamten Anlagekapitals aus dem Betriebsergebnis erforderlich wäre. Das bedeutet schon die Mühsal auf die auf den Weg aus diesem Werke angewiesene wirtschaftliche Industrie. Hiernach ist für die erste Zeit nicht damit zu rechnen, daß die Einnahmen aus dem Betriebe des neu eröffneten staatlichen Rohstoff- und Elektrizitätswerkes zur vollen Verzinsung und Tilgung des gesamten Anlagekapitals ausreichen werden. Der Staat wird indes die Entscheidung über die Eröffnung des Böhleener Braunkohlen- und Elektrizitätswerkes von andern Gesichtspunkten aus zu fassen haben als ein Privatunternehmer. Er hat in erster Linie Rücksicht zu nehmen auf das Ganze der sächsischen Volkswirtschaft. Um maßgebend auf die Versorgung des Landes mit Rohstoffen und mit Elektrizität einwirken zu können, hat sich der Staat die Verfügung über die noch nicht erschlossenen Kohlenfelder und weitgehende Befugnisse auf dem Gebiete der Elektrizitätserzeugung und Verteilung übertragen lassen. Daraus entspringt für ihn auch die Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die ausreichende Versorgung des Landes mit Kohle und elektrischem Strom in Frage gestellt wird. Das ist jetzt der Fall.“

Dieser Stellungnahme der Regierung hat sich am 19. Juni 1920 die Volkskammer einstimmig angeschlossen. Durch diesen Beschluß, dem auch die ganze deutschnationale Fraktion mit Einschluß des Herrn Abgeordneten Ziller zugestimmt hat, ist wohl die Regierung in ihrer Stellungnahme zum Ausbau von Böhlen hinreichend gedeckt.

Von den staatlichen Kraftwagenlinien wird in dem Aufsatz behauptet, der Staatsapparat habe dieses Unternehmen zu Fall gebracht; die Direktion der staatlichen Kraftwagenlinien habe vergessen, sich mit Wenzl einzuvernehmen und der Staat habe im Herbst 1922 seinen Betrieb wegen Benzinmangels einstellen müssen. „In einer Zeit, in der der Autoverkehr eine für das Publikum fast bedauerliche Steigerung nachzuweisen hatte“. Tatsächlich ist die starke Einschränkung der staatlichen Kraftwagenlinien im Herbst 1922 aus ganz andern Gründen erfolgt. Ein gewisser Benzinmangel war allerdings ein Jahr vorher, Ende 1921, festzustellen, also in einer Zeit, in der die Versorgung der Kraftverkehrsunternehmen ganz allgemein dauernd unter